

Nr. 16/2011

Leipzig, den 12. Mai 2011

Gegen Standortschließungen und Stellenkürzungen – GEW fordert zukunftsweisende Hochschulpolitik für Sachsen

Am Mittwoch stellte die Sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, Frau Prof. Sabine von Schorlemer, den Entwurf des Hochschulentwicklungsplans bis 2020 vor. Dabei wird an den Zielen der Staatsregierung festgehalten, 2013 bis 2016 insgesamt 300 Stellen abzubauen, und im gleichem Atemzug wurde angekündigt, gleich zwei kleine Standorte sächsischer Hochschulen zu schließen.

„Statt ein solides Konzept vorzulegen und breit öffentlich zu diskutieren wird die Hochschulplanung noch immer im Geheimen durchgeführt. Den Hochschulen liegt seit letzter Woche ein Entwurf der Hochschulplanung vor - jedoch legt das Ministerium Wert darauf, schon im Vorfeld vollendete Tatsachen zu schaffen und solche wichtigen Entscheidungen in Hinterzimmergesprächen abzuwickeln“, stellt Marco Unger, stellvertretender Landesvorsitzender der GEW Sachsen für den Bereich Hochschule und Forschung, hierzu fest.

„In Zeiten von Fachkräftemangel und immer hochtechnisierteren Arbeitsplätzen ist Hochschulpolitik mehr als ein 'Nice to have', es werden hier Entscheidungen für die Zukunft des Freistaates Sachsen getroffen, dieser Prozess muss öffentlich und transparent erfolgen“, so Marco Unger weiter.

Die GEW Sachsen fordert eine Abkehr von der Sparpolitik des Freistaates Sachsen und eine breite öffentliche Diskussion über die zukünftige Hochschullandschaft in Sachsen. Die Anhörung zur Hochschulentwicklung im Wissenschaftsausschuss des Sächsischen Landtages am Montag hat erneut deutlich gemacht, dass Kürzen im Hochschulbereich unvereinbar mit einer nachhaltigen Politik für die Zukunft des Freistaates Sachsen ist. Dem Prorektor der Universität Leipzig, Prof. Dr. Thomas Lenk, kann nur zugestimmt werden: „Aktive Zukunftsvorsorge ist etwas anderes als kaputt zu sparen.“

Die GEW Sachsen weist zugleich darauf hin, dass die vorgesehenen Stellenstreichungen erneut deutlich machen, wie wichtig starke Personalräte auch für die Beschäftigten an den sächsischen Hochschulen sind. Die GEW ruft daher zu einer hohen Beteiligung an den am 17. und 18. Mai stattfindenden Wahlen der Personalräte an den Einrichtungen und des Hauptpersonalrates beim Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst auf. „Die Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten der GEW bietet dabei die Gewähr für starke Interessenvertretungen für alle Beschäftigten“, betont Marco Unger abschließend.

Die vom Gewerkschaftstag der GEW Sachsen 2011 beschlossenen Positionen der GEW Sachsen zu „Hochschule und Forschung im Freistaat Sachsen im 21. Jahrhundert“ können nachgelesen werden unter http://www.wissenschaft-gew-sachsen.de/sites/default/files/u4/GT11_HuF.pdf.

Nachfragen möglich unter 0177 333 94 75 (Herr Steidten)